

Antrag der Fraktion der CDU

Die Chance auf Bundesmittel nicht verstreichen lassen – Finanzielle Mittel für die Anschaffung von Elektrobussen für die BSAG jetzt bereitstellen

Im Rahmen des „Sofortprogramms Saubere Luft 2017 bis 2020“ unterstützt der Bund die Anschaffung von Elektrobussen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) mit insgesamt 1,5 Milliarden Euro. Der Bund übernimmt dabei vor allem die Mehrkosten gegenüber konventionellen Dieselnbussen, da diese in der Anschaffung rund doppelt so teuer sind. Bremen hat für die Bremer Straßenbahn AG (BSAG) bereits eine Finanzierungszusage vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur für die Anschaffung von fünf Bussen mit Elektroantrieb erhalten. Das ist eine gute Nachricht für die Verringerung des Schadstoffausstoßes in der Stadtgemeinde Bremen.

Bedingung für die Bundesförderung ist allerdings eine Finanzierungsbeteiligung Bremens. Diese Zusage steht derzeit aufgrund von Strategieüberlegungen seitens des Senats in Bezug auf die unterschiedlichen Antriebsarten für den ÖPNV noch aus. Der Senat hat sich bisher noch nicht festgelegt, welche Antriebsstrategie er für den ÖPNV in Bremen zukünftig verfolgen will. Das Argument des Senats, abzuwarten, inwiefern Busse mit Wasserstoffantrieb eine bessere Alternative sind, ist dabei allerdings zu kurz gegriffen und gerade unter Berücksichtigung einer avisierten norddeutschen Wasserstoffstrategie eher als ein langfristiges Projekt zu bewerten. Das Für und Wider unterschiedlicher regenerativer und emissionsloser Antriebsarten ist hinlänglich bekannt. Unabhängig von der (zukünftigen) Präferenz muss zur Kenntnis genommen werden, dass die Elektromobilität bisher die am weitesten ausgeprägte Technologie ist, die bereits heute schon voll einsatzbereit ist.

Die großen Vorteile der Elektromobilität, von denen Bremen unmittelbar profitieren würde, sind, dass elektrisch betriebene Busse CO₂-frei und schadstoffarm sind und deutlich geringere Lärmemissionen produzieren als Busse mit Verbrennungsmotor. Aus diesem Grund muss der Senat schnellstmöglich die Bundesförderung von Elektrobussen für Bremen sicherstellen, um so einen lokalen, effektiven und umweltfreundlichen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Dass Bremen sich als Stadtgemeinde hier deutlich mehr anstrengen und Einfluss auf Bereiche nehmen muss, wo dies noch möglich ist, belegt nicht zuletzt der jüngste Bericht für die städtische Deputation Klima, Umwelt, Landwirtschaft und Tierschutz von Anfang November 2019. Bereits jetzt ist klar, dass Bremen seine Klimaziele weit verfehlt.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft stellt fest, dass die deutliche Verringerung des Schadstoffausstoßes im ÖPNV in den nächsten zehn Jahren ein zentraler Bestandteil ist, um die selbstgesteckten Klimaziele in Bremen überhaupt ansatzweise zu erreichen.

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. die BSAG im Rahmen des Förderprogramms des Bundes zur Förderung der Elektromobilität im ÖPNV finanziell zu unterstützen und so die Finanzierungszusage für fünf Busse mit Elektroantrieb durch das Einbringen der erforderlichen Eigenmittel unmittelbar sicherzustellen,
2. binnen sechs Monaten ein Konzept vorzulegen, welche Antriebsstrategie für den ÖPNV in Bremen mit welchem regenerativen Energieträger zukünftig verfolgt werden soll, mit dem erklärten Ziel den ÖPNV schadstoffärmer und ökologischer aufzustellen,
3. der städtischen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung vierteljährlich über den Umsetzungsstand zu berichten.

Heiko Strohmann, Martin Michalik, Thomas Röwekamp
und Fraktion der CDU